

## **Solargenossenschaft Jülich: Ratsentscheidung leider gegen den Trend!**

Durch die Ablehnung einer Solargenossenschaft in Jülich hat sich leider eine klare Mehrheit gegen ein solides und effizientes Projekt für dezentrale Gewinnung erneuerbarer Energie, dass gleichzeitig unseren BürgerInnen und Bürgern machbare Beteiligungsmöglichkeiten geboten hätte, entschieden.

Statt, wie von den Energiekonzernen und ihren politischen Lobbyisten gefordert, vorrangig gigantische Offshoreparks mit entsprechenden neuen Gigaleitungen zu errichten, stellt sich aus meiner Sicht der Ausbau von dezentraler Energiegewinnung mit möglichst kurzen Wegen zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern als die fortschrittlichste Lösung zur so genannten Energiewende dar.

"Genossenschaften mit Bürgerbeteiligungsmodellen spielen dabei eine wesentliche Rolle", erklärt der Jülicher Ratsherr der Partei DIE LINKE, Siegfried Faust. "Zwar hat das die Dürener Gesellschaft Rurenergie richtiger Weise auch erkannt, allerdings stellen die von Rurenergie und Sparkasse angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten, die erst im vierstelligen Bereich beginnen, für die einfache Bürgerin und den einfachen Bürger angesichts solcher Einstiegshöhen wohl eher eine unrealistische Hürde dar".

Bei der von den Jülicher GRÜNEN initiierte Solargenossenschaft dagegen könnten unsere Bürgerinnen und Bürger bereits für wenige hundert Euro Anteile daran zu erwerben. "So könnte, statt wie bei der Rurenergie, wo eher wenigen Vermögenden größere Renditen versprochen werden, breiten Bevölkerungsschichten die Möglichkeit gegeben werden, sich aktiv in die Umgestaltung der Energienlandschaft einzubringen. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass in den kommenden Jahren mit drastischen Preissteigerungen auf dem Energiemarkt zu rechnen ist, würde eine solche Genossenschaft mit ihrem Beteiligungsmodell ein positives Signal setzen", ergänzt der Sprecher der Jülicher LINKEN, Paul Nelles.

Um so erstaunlicher ist es aus der Sicht der beiden Politiker, dass sich ausgerechnet die Jülicher SPD, die sich als Partei ja inzwischen gerne wieder als sozial und Bürgernah präsentieren möchte, so vehement gegen eine Solargenossenschaft in Jülich wehrt. Gerade für die überwiegenden Mehrheit der Wählerinnen und Wählern dieser Partei dürften sich die Anteile an der Rurenergie eher als viel zu teuer und damit unrealistisch darstellen.

Die dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energie mit aktiven Bürgerbeteiligungsmodellen wird neben dringend erforderlichen Einsparungen den wesentlichsten Faktor für die Umgestaltung der Energienlandschaft stellen. Daran, dass dabei ausgerechnet GREEN/RWE oder die Dürener Rurenergie ein Garant für Bürgerfreundlichkeit und stabile Preise sein könnten, hegt die Jülicher LINKE- auch angesichts unklarer Verflechtungen- einige Zweifel.

Einer Initiative, eine eigenständige Solargenossenschaft ins Leben zu rufen, steht die Jülicher LINKE dagegen positiv gegenüber.